

PRESSEINFORMATION 33/2025

Zumeldung zur Entscheidung über Exzellenz-Förderung für BW-Universitäten

BWIKH – Christian O. Erbe: Starkes Signal für den Innovationsstandort Baden-Württemberg

Stuttgart, 23. Mai 2025 – „Die Vergabe der Exzellenzcluster ist ein starkes Zeichen für den Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg“, sagt Christian O. Erbe, Präsident der IHK Reutlingen und im BWIKH für Hochschulpolitik federführend. „Die Exzellenzcluster bringen Innovationen in Schlüsselbereichen wie Künstlicher Intelligenz, Bioökonomie, Energie und Gesundheit hervor – und schaffen direkten Mehrwert für unsere Unternehmen durch Technologietransfer, Ausgründungen und den Zugang zu hochqualifizierten Fachkräften.“

Die Entscheidung der Exzellenzkommission unterstreicht die wissenschaftliche Spitzenstellung Baden-Württembergs – und eröffnet zugleich enorme Chancen für die Wirtschaft im Land. Die geförderten Cluster decken zentrale Zukunftsfelder ab, darunter Künstliche Intelligenz, Lebenswissenschaften und nachhaltige Technologien. Zudem ermöglichen sie praxisnahe Kooperationen zwischen Forschung und Unternehmen.

„Baden-Württemberg behauptet sich damit erneut als führender Innovationsstandort in Deutschland – mit starker internationaler Strahlkraft und besten Voraussetzungen für wirtschaftlichen Fortschritt“, so Erbe abschließend.

Diese und weitere Pressemeldungen finden Sie [hier](#).

Ansprechpartner für Medienschaffende:

BWIKH | FF Hochschulpolitik
IHK Reutlingen
Dr. Anne Niederfeld
Telefon 07121 201-168
E-Mail: niederfeld@reutlingen.ihk.de

Der Baden-Württembergische Industrie- und Handelskammertag (BWIKH) ist eine Vereinigung der zwölf baden-württembergischen Industrie- und Handelskammern (IHKs). In Baden-Württemberg vertreten die zwölf IHKs die Interessen von weit mehr als 650.000 Mitgliedsunternehmen. Zweck des BWIKH ist es, in allen die baden-württembergische Wirtschaft und die Mitgliedskammern insgesamt betreffenden Belangen gemeinsame Auffassungen zu erzielen und diese gegenüber der Landes-

Bundes- und Europapolitik sowie der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK) und anderen Institutionen zu vertreten.